



BürgerBrief 7

Eine Information der Freien Wähler Mayen



Wir danken der Firma Weig für die Sanierung der Brücke!



Wir sind besorgt!
FWM spricht sich für den Erhalt des Bundeswehrstandortes aus!



Wir hatten Recht!
„Baumschule Velten“ konnte nicht verkauft werden.



Wir sind nicht überrascht!
Der Neubau des Feuerwehrhauses in Kürrenberg wird wesentlich teurer als geplant.



Wir freuen uns!
Die sehr gut besuchte Einwohnerversammlung in Hausen war ein gelungenes Beispiel direkter Demokratie.

Liebe Mayenerinnen und Mayener,

die großen Träume, mit den reichen Städten mithalten zu können, waren immer da und sind offensichtlich auch unter der neuen Stadtführung noch nicht vorbei. In Eigenregie und mit viel Verwaltungsaufwand führte die Stadtspitze im letzten Jahr viele Feierlichkeiten aus, ganz nach dem Motto, wir haben zwar kein Geld, aber wir machen was daraus! Dabei ist seit Jahren erkennbar, dass z.B. das Vulkanparkprojekt, oder besser gesagt, die Einrichtung einer zweiten Museumsmeile außerhalb der Stadt ein unkalkulierbares Risiko war und ist. Aus diesem Grunde haben die Freien Wähler schon vor Beginn der Grundsteinlegung davor gewarnt, dass das Transferieren von Steuergeldern in den Vulkanpark nur Geld verschwendet und der Innenstadt mit Burg und Schieferbergwerk keinen Nutzen bringt. Darüber hinaus erwartet die Verwaltung bereits heute jährlich 250.000 Euro Unterhaltskosten für Vulkania – und dies ist eine vorsichtige Schätzung! Schade, denn die Familienförderung mit den Themenfeldern wie **Schulverpflichtung** und Förderung der **Ferienbetreuung** der Kitas, wären für die FWM wichtigere Betätigungsfelder gewesen. Denn der Jahresurlaub der Eltern bzw. Alleinerziehenden reicht nicht aus, um die Kinder selbst zu betreuen. Aber auch die Förderung von **Schule - Ausbildung - Beruf** und deren bessere Verzahnung und Vernetzung sollte für die Politik eine wichtigere Aufgabe sein.

Hans-Georg Schönberg

Tel. 0157 8259 3407



Markus Esper

Tel. 02651/43230



Vorbereitung ist alles!

Der Ausbau des Habsburgrings - die verpasste Chance

Jahrzehnte hatte die Verwaltung Zeit, den Habsburgring mit Sanierungsmitteln umzugestalten. Leider hat man sich mit dem Bereich von der Kelberger Straße bis zum Obertor zufrieden gegeben. Millionenbeträge mit bis zu 70% Förderung sind deshalb „vergessen“ worden abzurufen. Jetzt sollen nur die Fahrspuren erneuert werden, was ist aber mit den Parkplätzen, Gehwegen und Grünflächen? - Die werden über kurz oder lang aufwendig auf Kosten der Anlieger zu erneuern sein. Eine Neugestaltung von Verkehrsbeziehungen zwischen Radfahrern, Autos und Fußgängern? – Fehlanzeige! Auch wenn der LBM die Kosten des Straßenkörpers trägt, teilen die Freien Wähler Mayen nicht die Freude der Oberbürgermeisterin. - Besser wäre es gewesen die Fristen zum Ausbau voll auszuschöpfen, wie z. B. in Polch geschehen. Obwohl das Sanierungsverfahren förmlich noch nicht als abgeschlossen erklärt wurde, beschloss man das vereinfachte Abrechnungsverfahren. Aber auch bei diesem einfachen Abrechnungsverfahren hat die Verwaltung versagt und wurde von der Aufsichtsbehörde zurückgewiesen. Jetzt steht der überfällige Straßenausbau an und erst dann lässt sich exakt beziffern, wie viele Millionen an Fördergeldern durch Misswirtschaft verloren gegangen sind.

Wo ist die Lösung?

Eine Lösung wäre zur Landesregierung und zum LBM zu fahren und dort für einen kompletten Ausbau einzutreten. - Voraussichtlich wird das nicht eintreffen - denn dann müsste die eine oder andere Person über ihren Schatten springen und Misswirtschaft zugeben.





Energiewende – auch in Mayen?

Windkraft endlich als ökonomische und ökologische Alternative anerkannt

Mayen. Die Freien Wähler Mayen haben seit dem Jahr 2000 immer wieder für den behutsamen und geordneten Ausbau von Windkraftanlagen auf Mayener Gebiet geworben – aus ökonomischen und ökologischen Gründen.

(Vgl. <http://www.fwm-mayen.de>) Demgegenüber war im Mayener Stadtrat die Windkraft über 10 Jahre bei CDU, FDP und SPD weitgehend verpönt, eindrücklich belegt durch deren Versuch einer Totalblockade dieser regenerativen Energieform auf Mayener Stadtgebiet durch den bewussten Verzicht auf Ausweisung von entsprechender Vorrangflächen.

Doch in den letzten Jahren erwies sich diese Vogel-Strauß-Politik gegenüber ei-

ner ökologischen Zukunftsfrage als gravierender Fehler: Diverse Betreiber klagten gegen die Stadt, um Windräder aufstellen zu können.

Das veranlasste die Oberbürgermeisterin im letzten Jahr zu einem Kurswechsel: Um der Stadt Einflussmöglichkeiten auf die möglichen Standorte zu geben, regte sie im Ältestenrat eine Teilfortschreibung Windenergie des Flächennutzungsplanes an; sehr zur Freude der Freien Wähler Mayen, übernahm die Oberbürgermeisterin doch damit eine Zentralforderung der FWM, die der Stadt endlich die Möglichkeit einer gezielten Steuerung zum Ausbau der Windenergie an die Hand gibt und einen möglichen >Wildwuchs< von

Windkraftanlagen >gerichtsfest< verhindert. Inzwischen hat der Stadtrat den entsprechenden Beschluss auf den Weg gebracht. Und Weiteres hat sich erfreulicherweise geändert: So ist z.B. nach den Diskussionen über die Fukushima-Katastrophe die Bedeutung der regenerativen Energien gesamtgesellschaftlich weitgehend erkannt worden, ihr ökonomischer Nutzen wird explizit auf der stadtpolitischen Ebene diskutiert und führt hoffentlich auf Dauer zu einer lokalen Energiewende, hin zu diversen Formen regenerativer Energien und zu vielfältigen Formen dezentraler Energieversorgung. Dafür werden sich die Freien Wähler Mayen auch in den nächsten Jahren engagieren.



SO WAR ES – Ein Blick zurück!

In dieser Rubrik werden wir auch in den zukünftigen BürgerBriefen immer wieder einmal Texte aus früheren Phasen der Stadtpolitik veröffentlichen, um Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, die Möglichkeit zu geben, die unterschiedlichen Darstellungen der Ratsfraktionen zur Entwicklung einzelner kommunalpolitischer Entscheidung besser einschätzen zu können.

RZ Leserbrief von Hans Windolf (FWM) zur Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen vom 9.11.2010

Jetzt weist also die Stadtverwaltung Mayen darauf hin, dass kein Versäumnis hinsichtlich der Terminierung zur Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen (WKA) im Flächennutzungsplan (FLNPL) vorliegt. Diese Rechtslage zur Vermeidung ungezügelter Ausweitung der WKA besteht jedoch schon seit einigen Jahren und die meisten Kommunen in unserer Region sind, unabhängig wie man generell zu der Frage von Windenergieanlagen steht, dieser Forderung nachgekommen. Obwohl Vertreter der Freien Wähler Mayen (FWM) bereits vor Jahren sowohl in der Bürgerversammlung in Alzheim, als auch in verschiedenen Ausschüssen und dem Stadtrat auf dieses Erfordernis hingewiesen haben, wurde dies von den übrigen Ratsfraktionen sowie den Verantwortlichen der Stadt Mayen ignoriert und teilweise sogar ins Lächerliche gezogen.

Wie Frau OB Fischer in der letzten Stadtratssitzung festgestellt hat, wurde aufgrund dieser fehlenden Ausweisung die Genehmigung zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes (FLNPL) seitens der Aufsichtsbehörde SGD Nord verweigert. Damit wurden auch andere Entwicklungen, die Inhalt des Mayener FLNPL sind, zunächst verhindert. Hieraus geht wohl eindeutig die Fehleinschätzung und verspätete Reaktion der Verantwortlichen bei der Stadtverwaltung zur der Ausweisung von Vorrangflächen für WKA hervor.

Sie glaubten wohl wie die Ratsparteien von CDU, FDP und SPD, entgegen der bisherigen Rechtsprechung und Kommentierung, die Thematik selbst mit anderen Mitteln in den Griff zu bekommen. Jetzt, nachdem bereits 2 WKA im Außenbereich auf der Cond die Genehmigung nicht mehr versagt werden konnte und ein weiterer Antrag für eine 190m hohe Anlage vorliegt, sieht man sich dazu veranlasst, Verfahren zur Ausweisung von Vorrangflächen im FLNPL einzuleiten. Das hat zwar zunächst eine Veränderungssperre (Zurückstellung des o.a. Antrages) von 1 Jahr zur Folge, es bleibt jedoch dahingestellt, inwieweit das FLNPL-Verfahren, das wesentlich mehr Zeit als ein Bebauungsplanverfahren in Anspruch nimmt, dann den rechtlich notwendigen Verfahrensstand erreicht hat. Es würde jedem Politiker und einer Verwaltung gut zu Gesicht stehen auch einmal Versäumnisse einzuräumen. Das würde seinem/ihrem Ansehen sicherlich nicht schaden – im Gegenteil.





NEUES DENKEN BRAUCHT DIE STADT!

Zukunftsfähige Stadtentwicklung braucht ein ökologisches Steuerungsinstrument und Umweltverträglichkeitskriterien.

Mayen. Zerstörte Landschaft (Barwinkeltal) und vernichtete Naturdenkmäler (Dicke Train, Johannesknecht), Versiegelung innerstädtischer Grünflächen (Hinten im Jägersköpfchen) um jeden Preis mit dem Totschlagsargument „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“, Absenkung der ökologischen Zertifizierung des Mayener Stadtwaldes und eine allein am Autoverkehr orientierte Ringanierung, das sind nur einige Ergebnisse der lokalen Umweltpolitik in Mayen unter der seit Jahren existierenden Ratsmehrheit von CDU/FDP (und eines SPD-Oberbürgermeisters und einer CDU-Oberbürgermeisterin)! Angesichts dieser Realitäten erweisen sich die in der vorletzten Ratssitzung von der Oberbürgermeisterin vorgebrachten Argumente gegen den von den Freien Wählern beantragten Umweltausschuss wie „sehr bürokratisch“, „umfangliches Wissen sei bereits jetzt in den Ausschüssen angesiedelt“ und „in vielen Entscheidungen der Verwaltung spielten Umwelt- und Klimaschutz dort eine wichtige Rolle“ (vgl. RZ Nr.105, 06.05.2011) als frag – würdig (!) im wahrsten Sinne des Wortes. Denn hinter diesen Behauptungen verbirgt sich letztlich wohl die prinzipielle Ablehnung

einer konsequent ökologisch orientierten Stadtentwicklung durch das Steuerungsinstrument „Umweltausschuss“, in dem jede stadtpolitische Entscheidung auf ihre Ökologieverträglichkeit hin geprüft würde. Gerade dies wünschen die Freien Wähler Mayen seit Jahren (und inzwischen auch die SPD) – zum Wohle der Menschen und der Natur in unserer Heimatstadt.

Auch die derzeitige Verwaltungspraxis belegt leider diesen zur Zeit in Mayen noch üblichen, verkürzten Blickwinkel auf ökologische Fragestellungen: Seit einigen Jahren enthalten alle Vorlagen der Stadtverwaltung für Ausschüsse und Stadtrat einen Hinweis auf ihre Familienverträglichkeit, d.h. konkret eine Antwort auf die Frage, ob die geplante Entscheidung unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf Familien in der Stadt Mayen hat. Lapidar heißt hier aber z.B. die Antwort rund um alle Bebauungspläne in der Regel: „Keine“. - Nichts zeigt deutlicher die eingeschränkte und eindimensionale Sichtweise der Mayener Stadtverwaltung in Fragen einer zeitgemäßen ökologischen Stadtentwicklung und ihrer Bedeutung für alle Menschen, die in Mayen leben! Denn Flächenverbrauchs- und Versiegelungspolitik bei

gleichzeitiger Zerstörung von Grünflächen ist Raubbau an der natürlichen Lebensgrundlage aller Mayenerinnen und Mayener. Darüber hinaus werden besonders Kinder und Jugendliche die umweltpolitischen Sünden der Gegenwart in der Zukunft bezahlen müssen! Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Diskussion um Energie, Umwelt und Natur in den letzten Wochen und Monaten und der eindeutigen Voten der Wählerinnen und Wähler in drei Bundesländern bleibt allerdings zu hoffen, dass sich langsam, aber sicher auch in der Verwaltungsspitze und bei den beiden Mehrheitsfraktionen im Mayener Stadtrat eine neue, ganzheitlichere und strukturell Stadtpolitik leitende Sicht der Ökologie durchsetzt, denn nur so wird eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung für Mayen möglich sein!

IMPRESSUM: Der BürgerBrief erscheint unregelmäßig und wird herausgegeben von den Freien Wähler Mayen e.V., vertreten durch Hans Georg Schönberg (Fraktionsvorsitzender) und Markus Esper (Vorsitzender).
Verantwortlich:
Hans Georg Schönberg; Redaktionsanschrift:
Lindenstraße 20, 56727 Mayen ; Auflage:
10.000 Exemplare;

Verkehrsberuhigung in der Gerberstraße



Geld für die Wartung der Parkscheinautomaten

Was alles fehlt.....

ein echtes Ordnungsamt



nach der Amtszeit der OB Grünflächen in der Kernstadt

eine Sanduhr zur Bemessung der Redezeit im Stadtrat



eine nachhaltige Nutzung für die "Baumschule Velten"



Bauwillige im Barwinkeltal

eine lange Leiter um das Neubaugebiet zu besichtigen





Die Stadt braucht Geld! Jetzt wird das Tafelsilber verkauft

Die Oberbürgermeisterin plant den Verkauf von städtischen Spielplatzflächen. Betroffen sind die Kinderspielplätze Gevelsbergstraße/Am Taubenberg, Am Ravensteynweg, Sauerbruchstraße, Virchowstraße



Verkauf von 4 Spielplätzen sollen 677.000 Euro einbringen!

proteste schnell zur Tat zu schreiten. Im jüngsten Fall des Spiel- und Bolzplatzes im Ravensteynweg wurden zudem Spielgeräte schon vor einigen Jahren und die auf dem Bolzplatz stehenden Fußballtore vor einigen Monaten entfernt und nicht wieder aufgestellt. Welche Kinder und Jugendlichen sollten sich jetzt noch für diese leere Grünfläche begeistern? Trotzdem finden immer noch einige ihren Weg hierhin, für sie möchten wir uns stark machen.

Doch um erst gar keine Diskussion aufkommen zu lassen, soll das Grundstück im Ravensteynweg für die Erstellung einer altengerechten Wohnanlage veräußert werden. Hierfür gibt es jedoch noch andere Grundstücke, die in Frage kommen. Steht jedoch auf dem jetzigen Spiel- und Bolzplatz erst einmal ein Wohnblock, ist dieser Platz nachhaltig für eine Spielnutzung verloren! Die Frage nach unserer Verantwortung gegenüber künftigen Generationen bleibt auch hier bestehen. Eine gesunde Durchmischung der Wohngebiete mit jungen und alten Menschen ist doch wünschenswert und so muss man auch (kern)stadtnah Möglichkeiten zum Spielen für Kinder jeder Altersgruppe vorhalten.



OB Fischer plant für 2011 über 38.000 Euro Strom- und über 28.000 Euro Heizkosten nur für das Eifelmuseum ein. Die Stromkosten für die Adventkerze kommen noch dazu.

Auch zukünftigen Generationen müssen finanzielle Handlungsspielräume offen stehen und wir dürfen nicht heute auf Kosten der Zukunft wirtschaften. In Zeiten mittel- und langfristig steigender Energiepreise und eines kaum mehr aufzuhaltenden Klimawandels sehen wir unsere Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen darin, unseren Beitrag dazu zu leisten, Energie zu sparen und die Folgen des Klimawandels zumindest abzumildern. Deshalb sollten in Zukunft Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz deutlich vorangetrieben werden; dazu gehört auch die weitere energetische Sanierung öffentlicher Gebäude – soweit es die finanziellen Möglichkeiten der Stadt zulassen!

- Ressourcenverbrauch -

Seit Jahren für die FWM ein wichtiger politischer Grundsatz!

Für uns als Freie Wähler ist ein wichtiger Grundsatz, dass eine Generation nicht mehr Ressourcen verbrauchen sollte als sie erwirtschaftet bzw. wie die Ressourcen sich regenerieren. In diesem Zusammenhang kritisieren wir ausdrücklich, dass die letzten Haushaltsentwürfe keinen Abbau der Ver-

Wussten Sie, dass...



.... die Verwaltung bereits heute jährlich 250000 Euro Unterhaltskosten für Vulkania veranschlagt?



....die Verwaltung die Verkehrsführung in der St.-Veit-Straße dauerhaft ändert und die ursprüngliche Einbahnregelung herstellt? Die FWM dankt dafür!



.... die Stadt noch keines ihrer Baugrundstücke im Barwinkeltal verkauft hat?



....die OB Fischer jedes Jahr stolze 43.000,- Euro für Werbung rund um das Eifelmuseum ausgibt?



....Stadtpolitik Spaß machen kann?

Freie Wähler Mayen
Tel. 0157/82593407